

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insektionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Dienstag, den 6. Juli

1909.

Nr. 78.

Bekanntmachung.

Ausschlüsse an das Fernsprechbuch, die bis zum 1. April 1910 hergestellt werden sollen, sind spätestens bis zum 1. August bei dem zuständigen Post- oder Telegraphenamte (in Chemnitz beim Fernsprechbureau im Postgebäude an der Poststraße (Eingang Chemnitzerstraße links 1. Treppe)) zu richten.
Chemnitz, 26. Juni 1909.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
J. B. Wilmzig.

Ueber das Vermögen des Gastwirts **Friedrich Kurt Hermann Grammüller** in **Eibenstock** wird heute

am 2. Juli 1909, mittags 12 Uhr

das **Konkursverfahren eröffnet.**

Der Rechtsanwalt **Lottermoser** in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 2. August 1909 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **den 30. Juli 1909, vormittags 10 Uhr**

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **den 20. August 1909, vormittags 10 Uhr**

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.
Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verpfänden oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 2. August 1909 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

2. Termin Gemeindeeinkommensteuer betr.

An die Bezahler des am **31. Mai dieses Jahres fällig** gewesenem **2. Termins Gemeindeeinkommensteuer** wird hiermit nochmals **erinnert** mit dem Bemerkten, daß, nachdem die zur Bezahlung nachgelassene Frist von 4 Wochen abgelaufen ist, gegen säumige Zahler nunmehr das **Zwangsvollstreckungsverfahren** sofort eingeleitet werden wird.
Eibenstock, den 5. Juli 1909.

Der Stadtrat.
Hesse.

Bg.

Eine Rede des Herrn Staatsministers Grafen Bismarck von Eckardt.

Bei dem Festessen, das sich am Freitag nachmittag den Verhandlungen des Sächsischen Gemeindetags in Annaberg anschloß, hielt der neue sächsische Minister des Innern Se. Excellenz Graf Bismarck von Eckardt eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte: Bewahren und Erneuern, Erhalten und Fortschreiten macht sich bei einigem guten Willen in der Gemeindeverwaltung wie von selbst. Erst auf dem Gebiete der reinen Politik scheinen diese Gegensätze unversöhnlich aufeinander zu stoßen, und mancher Vertreter des einen oder des andern Prinzips will uns einreden, daß nur im Erhalten oder nur im Fortschreiten das Heil des Staates zu erblicken sei. Ich meine aber, jener Gegensatz zwischen Erhalten und Fortschreiten, zwischen konservativ und liberal, wird in unseren Tagen mit zu großer Schärfe betont. Mögen auch die Vertreter des einen oder des andern Prinzips Fehler begehen — und es sind in den letzten Zeiten Fehler begangen worden auf beiden Seiten — so beruht doch alles Leben, aller gesunde Fortschritt auf der Spannung zwischen den beharrenden und den vorwärts treibenden Kräften und auf dem unablässigen Streben ihres Ausgleichs. Nichts wäre verkehrter als der Versuch, eines oder das andere Prinzip rücksichtslos durchzuführen. Ich möchte vielmehr behaupten, daß die Stetigkeit des Staatslebens eine gleichzeitige Einwirkung der konservativen und liberalen Kräfte geradezu erfordert. (Beifolgendes Bravo!) Dieser Erfahrungssatz ist so allgemein, daß sich selbst ihm politische Parteien fügen müssen. Selbst in parlamentarisch regierten Staaten wird eine konservative Partei, wenn sie zur Herrschaft gelangt ist, sich dem notwendigen Fortschritt nicht entgegenstemmen, wird eine liberale Partei mit der Vergangenheit nicht brechen können. Es handelt sich also in der Politik immer nur um das Tempo der Entwicklung und um das Mischungsverhältnis zwischen konservativen und liberalen Ideen. (Bravo!) Dieses Tempo der Entwicklung ist von den Naturgesetzen abhängig, von den gegebenen realen Verhältnissen; es ist abhängig von dem Aufbau der Gesellschaft, abhängig von den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Stände und der Berufsgruppen, die je nach den wechselnden wirtschaftlichen Konjunkturen auf die politische Sicherung ihrer berechtigten Interessen hindrängen. Die Regierung eines Staats, dessen Verfassung nicht auf dem parlamentarischen System, sondern auf dem konstitutionellen Monarchie aufgebaut ist, wird ihre Stellungnahme zu den verschiedenen Berufsgruppen bestimmen nach den idealen und realen Werten, die diese Gruppen für den Staat repräsentieren. Ihre Aufgabe ist damit gegeben: Wie sie versuchen muß, zwischen den Interessengruppen einen Ausgleich zu schaffen, so wird sie auch bestrebt sein, das Gleichgewicht zwischen konservativen und den liberalen Kräften herzustellen. Ich rede hier nicht von einer Verschmelzung politischer Parteien, aber so gewiß es ist, daß konservative und liberale Politiker sich nicht zu einer dauernden Ehe verbinden lassen, ohne ihre Grundsätze preiszugeben, so gewiß muß jeder Staatsmann versuchen, zwischen konservativen und liberalen Politikern ein normales Verhältnis gemeinschaftlicher Arbeit herbeizuführen. (Bravo!) Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich Ihnen ausführe, wie ich mir die Verwirklichung dieses Gedankens in

feiner Anwendung auf die sächsischen Verhältnisse denke. Ein Eingehen auf die speziellen sächsischen Verhältnisse hätte praktischen Wert nur bei Kenntnis der Ereignisse der Landtagswahlen und unter Besprechung etwaiger Vorlagen, welche dem künftigen Landtage zu machen sein werden. Da sich hierüber das Gesamtministerium noch nicht schlüssig gemacht hat, kann ich mich darüber noch nicht äußern. Wenn ich mich aber heute einmal auf den Standpunkt der Parteien stelle, so meine ich, sollten sie vermeiden, den Wahlkampf mit einer Schärfe zu führen, die ihnen ein Zusammenarbeiten mit denjenigen Parteien erschwert, auf deren Mitarbeit sie angewiesen sind. (Lebh. Bravo!) Wie die konservativen und die liberalen Parteien des letzten Landtags mit anerkannter Dystrophie die einschneidende Wahlrechtsänderung nahezu einstimmig angenommen haben, so sollten sie in demselben Geiste der Verständigung sich beizeiten auf ein positives Zusammenarbeiten auch im neuen Landtage einrichten. (Bravo!) Nirgends mehr als auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung zeigt sich der Wert positiver Leistungen und sachlicher Tüchtigkeit. Mit politischen Phrasen ist da nichts zu erreichen. Das glänzende Aufblühen der sächsischen Gemeinden ist innerhalb ihres Gemeinbezirks alle Mitbürger zu ernster Arbeit und zu politischem Gemeinwohl zu erziehen. (Beifolgendes Bravo!) Diese Erziehung zur Arbeit, zum Gemeinwohl und damit zur politischen Reife kommt auch dem Staate zu Gute. Daher liegt in den Erfolgen dieser Erziehung die stärkste Empfehlung und die werbende Kraft für den Gedanken der Selbstverwaltung. Freilich darf man unter politischer Reife nicht die Zungenfertigkeit verstehen, mit der etwa ein alles besser wissendes Gemeindeglied die Maßregeln des Bürgermeisters oder Gemeindevorstands zu kritisieren versteht. (Beifolgendes Bravo!) Auch drückt sich politische Reife nicht in der Empfindlichkeit aus, die in jeder Verfügung einer Behörde einen Eingriff in die persönliche Freiheit wittert. Sondern politische Reife ist der klare Blick für den notwendigen und ursächlichen Zusammenhang der Dinge, der klare Blick für das Erreichbare u. das Verständliche für den sozialen Gedanken. Denn: was ist der Kern des sozialen Gedankens, richtiger des sozialen Tatbestandes? Er liegt nicht in der vielfach übertriebenen Bedeutung des sozialen Kampfes ums Dasein, nicht in dem von den Sozialdemokraten gepredigten sozialen Klassenkampf, sondern in der Erkenntnis, daß unser Staat, unsere Gemeinden lebende organische Gebilde sind. Wie nun innerhalb der Zellen, die einem Gesamtorganismus angehören, der Kampf ums Dasein ausgeschaltet ist zugunsten des großen sozialen Prinzips von der gegenseitigen Hilfe, wie die Zellen des Körpers sich fühlen als Teile des großen Ganzen, wie sie sich helfen, sich die Arbeit abnehmen, so sollen sich auch die Staatsbürger nicht als Einzelwesen auffassen, sondern als Glieder des Ganzen, dessen Wohle sie ihre eigenen Interessen unterzuordnen haben. Ebenso sollen aber auch die Gemeinden sich nicht als selbständige Kleinstaaten auffassen, die im Meer des freien Spiels der Kräfte wie Inseln herumschwimmen, sondern sie sollen sich fühlen als die Glieder eines festgefügtten Staats, mit dem sie auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Ich spreche das nicht aus als Kritik, sondern in Anerkennung dafür, daß in den sächsischen Gemein-

den der Staatsgedanke stets gepflegt worden ist. Wie sich die einzelnen Gemeinden unterscheiden, daß ihre Interessen sich dem Wohle des großen Ganzen zu fügen haben, so dürfen Sie, meine Herren, auch in der rücksichtslosen Anerkennung des Staatsgedankens und der damit gegebenen Staatsaufsicht den besten Schutz der Ihnen so wertvollen Selbstverwaltung erblicken. Möge es Ihnen in Ihrer Selbstverwaltung gelingen, Ihre Mitbürger zu politischer Reife, zu opferbereitem Gemeinwohl und damit zu wachem Patriotismus zu erziehen; dann werden sich die sächsischen Gemeinden — wie der Herr Staatsminister von Weisbach einmal gesagt hat — als die Säulen des sächsischen Staats erweisen. (Lebhafte, langanhaltende Beifol.) Der Minister schloß mit einem dreifachen Hoch auf die sächsischen Gemeinden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Am heutigen Montag tritt der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ die Fahrt nach Sagnitz an, wo er morgen Dienstag zur Einweihungsfeier der neuen Dampfpfählenverbindung zwischen Sagnitz und Trelleborg mit König Gustav von Schweden zusammentrifft. Die Begegnung zwischen den beiden Monarchen wird in der Weise verlaufen, daß vor Sagnitz auf der „Hohenzollern“ ein Frühstück eingenommen wird, worauf die „Hohenzollern“ und das Panzerschiff „Oskar II“, das den schwedischen König trägt, nach Trelleborg dampfen, wo König Oskar an Bord des genannten Panzerschiffes dem deutschen Kaiser zu Ehren ein Galadiner gibt. — Wie die „Berl. N. N.“ hören, wird der Kaiser nach den Feierlichkeiten in den heimischen Gewässern kreuzen und die Auslandsreise erst später antreten, als ursprünglich vorgesehen war.

— Die Münchener sächsischen Kollegien beschließen, dem Kaiser die große Goldene Bürgermedaille zu überreichen.

— Zur Krise. Die Nordb. Allg. Ztg. stellt fest, daß der Standpunkt der Verbündeten Regierungen zur Finanzreform durch die beiden amtlichen Erklärungen in der vergangenen Woche geklärt worden sei. Die Annahme der Draufsteuer sei zu begründen, die Abschwächung der Tabaksteuer zu bedauern. Die größten Schwierigkeiten würden jedoch erst bei der Beratung des Gesetzes für die abgelehnten Besitzsteuern eintreten. Wirtschaftspolitische Nebenzwecke werden mit diesen Ersatzsteuern in keinem Falle verbunden werden dürfen. Die Verbündeten Regierungen werden keine Steuervorschläge akzeptieren, die an Stelle finanzieller Gesichtspunkte derartige wirtschaftspolitische stellen. Die Kompromißverhandlungen zwischen Regierungen-Vertretern und solchen der Mehrheitsparteien werden noch fortgesetzt.

— Kein Dividendensteuerantrag. Der in der vorigen Woche vom Abg. Bassermann in seiner Reichstagsrede ausdrücklich angekündigte Antrag auf Einführung einer Dividendensteuer von 2 Prozent liegt bis zur Stunde nicht vor, und es sind, wie der „Tag“ erfährt, neuerdings auch in der nationalliberalen Fraktion gewichtige Bedenken über die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens entstanden. Es ist daher wahrscheinlich, daß der Antrag überhaupt nicht eingebracht werden wird, und zwar mit der Begründung, daß sich durch den inzwischen bekannt gewordenen nahen Rücktritt des Fürsten von Bismarck die Lage wieder vollständig veränderte habe.

— Im Reichstage verläutet, daß eine jungkonservative Partei in Bildung begriffen ist. Man fährt ihre Entziehung auf den Gegenlag in der Erbschaftsteuerfrage und anderen schwebenden Fragen zurück, der zwischen der konservativen Parteileitung und einigen konservativen Vereinen entstanden ist.

— Die Reichsbeamtenbesoldungsvorlage wird wahrscheinlich noch in dieser Woche zur Erledigung